

LANKA vs. POVERTY



aus: Sunday Times, Colombo

The ushering of a new era for the poor The scheme to grant Rs.2,500 to each food-stamp family

Der Plan für ein neues inselweites Programm zur Armutsbekämpfung, den der Kandidat der 'Vereinigten Nationalpartei' (UNP), Ranasinghe Premadasa, vor den Präsidentschaftswahlen im Dezember 1989 vorstellte, trug entscheidend zu seinem Wahlsieg bei. Das unter der Bezeichnung "Janasaviya", ("Die Macht des Volkes"), bekannte Programm richtet sich an die Empfänger von Nahrungsmittel-Bezugsscheinen ("food stamps") und wurde auf einen Zeitraum von zwei Jahren ausgelegt. Nach einer Überarbeitung der ursprünglichen Form wird das Programm augenblicklich in allen Landesteilen verwirklicht. Ganz gleich, auf welche Schwierigkeiten es stößt, ist es ein wichtiger Bestandteil der Entwicklungspolitik der Regierung Premadasa und wird es wahrscheinlich auch bleiben. Es ist ein neues Element in der Wohlfahrtspolitik Sri Lankas und verdient daher die Aufmerksamkeit aller, die die Entwicklungstrends dieses Landes verfolgen. Der folgende Beitrag - den wir in zwei Teilen veröffentlichen - wurde für 'Südasiens' von einem der führenden sri-lankischen Sozialwissenschaftler, Sunil Bastian, geschrieben. Kurt Salentin hat ihn übersetzt und bearbeitet.

JANASAVIYA Sri Lankas Programm zur Armutsbekämpfung

Die Entstehung des Janasaviya-Programms (JSP) und seine hervorstechende Rolle im Wahlkampf waren mehr als alles andere das Ergebnis der zu dieser Zeit im Land herrschenden Instabilität. Obwohl Premadasa gewisse in das Programm eingeflossene Ideen lange vorher geäußert hatte, erhielten sie erst im Zusammenhang mit der massiven sozialen Unruhe zur Zeit der Wahlen eine größere Bedeutung.

Bei der Einführung der liberalisierten Wirtschaftspolitik im Jahr 1977 waren soziale und politische Stabilität Schlüsselbegriffe. Man betrachtete sie als

unabdingbare Voraussetzungen für Wirtschaftswachstum im allgemeinen und für die Anziehung ausländischer Investoren im besonderen. Die Leistung der Wirtschaft in den letzten elf Jahren bestätigt dies. Es lassen sich zwei Phasen unterscheiden: die Periode von 1977 bis 1983 und die Zeit nach 1983. Die Verschärfung des ethnischen Konflikts seit 1983 wirkte sich in verschiedener Hinsicht auf die Wirtschaft aus. Die soziale Instabilität, die die Planer der liberalisierten Wirtschaftspolitik befürchteten, ergab sich vornehmlich aus ethnischen, und nicht, wie viele erwartet hatten, aus sozialen Spannungen.

Seit Mitte 1987 dehnten sich Unruhen und Gewalt auch auf den Süden des Landes aus. Es spricht vieles für die Annahme, daß das auf Armutsbekämpfung aufbauende Parteiprogramm für die Präsidentschaftswahlen 1988 auf diese Instabilität im Land zurückgeht. Premadasa, der Kandidat der UNP, hatte genug politischen Spürsinn, um einen solchen Plan zu entwerfen. Das Vorhaben war als Wahlplattform ausreichend konkret. Zudem kam es für die wichtigste Kandidatin der Opposition, Sirimavo Bandaranaike, vollkommen überraschend. Es war verblüffend zu beobachten, wie der Kandidat der für die herrschende Armut ganz wesentlich verantwortlichen Partei daraus seinen Hauptlogan machte, wohingegen die Kandidatin der Opposition in der monetaristischen Sprache der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds erwiderte, die sie bis dahin kritisiert hatte. Es bleibt festzuhalten, daß das JSP eine politische Antwort Premadasas auf die soziale Unruhe war.

Wenn sich daraus ergibt, daß eine Untersuchung des angelaufenen Armutsbekämpfungsprogramms den Gesichtspunkt des Bedarfs an sozialer Stabilität beachten muß, so ist es weiter notwendig, den Untersuchungsansatz gegen Verschwörungstheorien und gegen eine moralische Analyse des Kapitalismus abzugrenzen, zu denen er degenerieren könnte. Stabilität ist ein Erfordernis jedes sozialen Systems, eines kapitalistischen wie aller anderen. Worauf es ankommt ist die Frage, ob die strukturelle Dynamik des Kapitalismus, die in einer Gesellschaft wie der Sri Lankas am Werk ist, überhaupt zuläßt, daß solch ein Programm gelingt.

Ein solcher Ansatz steht im Gegensatz zu einer weitverbreiteten Art der Kritik am Kapitalismus in 'Dritte Welt Ländern', die dazu tendiert, ihn in moralische Begriffe zu fassen. Diese Denkrichtung nimmt a priori an, daß von den Repräsentanten des Systems keine 'aufrichtigen' Anstrengungen zur Bekämpfung der Armut erwartet werden können. Selbst wenn sie entsprechende Programme durchführen, wird unterstellt, sie seien Teil einer Verschwörung der Herrschenden, die etwas 'böses' im Schild führten. So lautet im Kern eine Argumentation, die den Kapitalismus als eine Art Übel, einen für soziale Ungerechtigkeit und die Lebensbedingungen der Armen verantwortlichen 'Dämon' betrachtet. Soziales Unrecht wird mehr oder weniger für eine Erscheinung gehalten, die mit dem Kapitalismus verhaftet ist.

Der moralistische Ansatz

Die moralische Kritik am Kapitalismus versäumt eine Auseinandersetzung mit der strukturellen Dynamik, die soziale Ungerechtigkeit hervorbringt. Im Kapitalismus existiert Ungerechtigkeit nicht wegen irgendwelcher 'übler Absichten'. Sie besteht aufgrund der Dynamik seiner Strukturen und Verhältnisse. Es kommt darauf an, inwiefern die Strukturen des Kapitalismus den Erfolg eines Programms zur Armutsbekämpfung in der gegenwärtigen Situation grundsätzlich zulassen. Das ist etwas anderes als zu behaupten, die herrschende Klasse habe keinerlei Interesse an einem solchen Pro-

gramm, weil sie aus 'schlechten Menschen' bestehe. Tatsächlich ist es ohne weiteres vorstellbar, daß die herrschende Klasse der Ansicht ist, dieses Programm müsse schon in ihrem eigenen Interesse verwirklicht werden. Ferner übersieht diese Kritik die Fähigkeit des Kapitalismus, auch in Entwicklungsländern den Lebensstandard der Armen zu heben. Dafür gibt es eine Fülle empirischer Belege. Doch es geht hier darum, diese Fähigkeit konkret im Rahmen der Verhältnisse Sri Lankas zu prüfen.

Der "moralische" Ansatz beeinflusste die meisten kritischen Schriften über Sri Lanka seit der Einführung der liberalisierten Wirtschaftspolitik. Viele blieben bei populistischen Klischees stehen, statt eine ernsthafte Analyse zu leisten. Diesen Aussagen zufolge ist es nicht möglich, von der jetzigen Regierung irgendein "ernsthaftes" Programm gegen Armut zu erwarten.

Dennoch darf kein Zweifel daran bestehen, daß die Regierung lebhaft um ein Wohlfahrtsprogramm speziell für die Armen bemüht ist, denn zum jetzigen Zeitpunkt liegt dies im Eigeninteresse der Regierenden. Es ist eine Reaktion auf die von sozialen Konflikten geprägte augenblickliche Lage. Ebenso dient es der Selbstbehauptung des populistischen Flügels der Regierungspartei. Obwohl die UNP im Sinne der kapitalistischen Produktionsweise die optimale Partei darstellt, ist sie unter Klassengesichtspunkten kein monolithischer Block. Als Produkt parlamentarischer Politik umfaßt sie auch Vertreter des Kleinbürgertums, deren politische Zielvorstellungen eher populistisch sind. Präsident Premadasa ist das typische Beispiel für diesen Flügel. Schon die Politik, die er über die vergangenen elf Jahre als Minister für Bauwesen verfolgte, stand unter dem Einfluß dieser Weltsicht. Sein "Million-Housing-Programm" und sein Konzept der Dezentralisierung - "die Herrschaft dem Volk übertragen", wie er es nannte - hatten genau diesen Charakter.

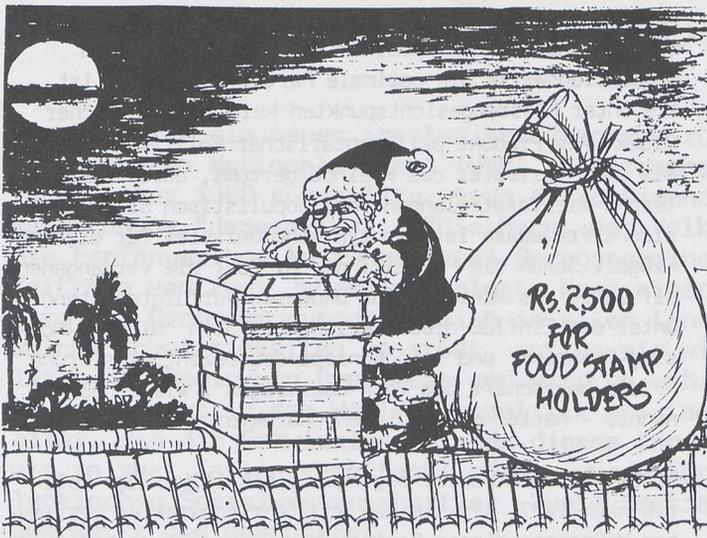
Einen weiteren Fehler begingen die Kritiker der Politik nach 1977, als sie den Wohlfahrtscharakter bestimmter Maßnahmen dieser Periode leugneten. Sie taten das als Resultat der Befangenheit ihrer Analyse von der geschilderten Vorstellung der dem Kapitalismus innewohnenden Eigenschaften. An dieser Stelle reicht der Hinweis, daß eine genauere Betrachtung der Politik dieser Zeit zahlreiche wohlfahrtsorientierte Maßnahmen aufzeigen würde. Damit soll nicht behauptet werden, sie hätten ihr Ziel erreicht und die sozialen Probleme unserer Gesellschaft erfolgreich in Angriff genommen. Sie hatten Fehler und Schwächen genau wie alle anderen Wohlfahrtsmaßnahmen unter den Vorzeichen dieses Systems, ob sie nun unter einer UNP- oder Regierung der 'Sri Lanka Freedom Party' (SLFP) zur Ausführung kamen. Es ist aber wichtig, die Möglichkeit solcher Programme selbst in einem liberalen Wirtschaftsmodell anzuerkennen.

Eine solche Politik war möglich wegen der Präsenz von Interessengruppen verschiedener sozialer Schichten in der UNP. Jetzt geschieht etwas ähnliches. Die heutige

Situation gibt der populistischen Sektion der UNP eine Durchsetzungschance und die Möglichkeit, den Populismus noch stärker auszuspielen. Für die herrschende Gruppe ist sie auch eine politische Notwendigkeit.

Die andere Quelle der Wohlfahrtspolitik sind überraschenderweise die internationalen Geber. Analysen der Politik nach 1977 haben die Komplexität der Faktoren, die die Financiers beeinflussen, weitgehend ignoriert.

Der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Weltbank beispielsweise funktionieren nicht ausschließlich nach ökonomischen Prinzipien. Sie befolgen sehr wohl auch politische Imperative. Genau genommen hat Sri Lanka schon während der vergangenen elf Jahre keine strikte Politik der Struktur Anpassung betrieben. Wir sind häufig von ihr abgewichen. Manche Autoren führen politische Gründe für die ununterbrochene Unterstützung an, die diese Institutionen Sri Lanka trotz der Abweichungen gewährten. Vielleicht wiegen diese politischen Argumente im gegenwärtigen Klima noch stärker. Inzwischen sind sich die internationalen Institutionen der Gefahren des sozialen Aufruhrs bewußt, den die den Entwicklungsländern von IWF und Weltbank abgeforderten exzessiven Sparmaßnahmen verursachen. Das



aus: The Island, Colombo

letzte Beispiel, das diese Einsicht stärkte, war Venezuela. Daneben ist die Gruppe der Geber nicht homogen. Einige, wie die aus skandinavischen Ländern, haben früher bereits armutsorientierte Programme in Sri Lanka unterstützt. Dieser Umstand und zahlreiche andere bewirkten den Erhalt wohlfahrtsorientierter Maßnahmen nach 1977.

Wenn die Regierung dieses Wohlfahrtspaket initiiert, rückt sie doch nicht von den Grundzügen der liberalen Politik ab. Im wesentlichen wird die Wirtschaft weiterhin in liberalisierter Form betrieben werden. Sri Lankas Abhängigkeit von Kapital und von den Märkten der 'entwickelten' kapitalistischen Länder bleibt erhalten. Die Exportorientierung wird gefördert, das Privatisierungsprogramm fortgesetzt und sogar Vorgänge wie die von der Weltbank empfohlene Verwaltungsreform laufen an, was man an der in einem gewis-

sen Umfang schon erreichten Straffung der Ministerien erkennt. Somit stellt das JSP eine Erweiterung der Sozialpolitik im liberalisierten Rahmen dar. Was die Entwicklungspolitik im allgemeinen betrifft, wird es keine Rückkehr zur Situation vor 1977 geben.

Merkmale des Janasaviya Programms

Zum erstenmal wurde das JSP in einer Rede Premadasas vor Vertretern der UNP bekanntgemacht, nachdem er die Nominierung zum Präsidentschaftskandidaten der Partei angenommen hatte. Später wurde es ins Wahlmanifest der UNP einbezogen. Das Manifest pries es als "Investition in das menschliche Fundament". "Dieses Investitionsprogramm für das menschliche Fundament hat drei Schlüsselemente: die Familie, die Ressourcen und die Zeitdauer. Die Dauer ist festgelegt und beträgt vierundzwanzig Monate. Als Familiengröße wird die Zahl von fünf Personen angesetzt." Dem Grunde nach erhält jede Familie Zugang zu einem Grundstock von Ressourcen. Sein Wert beträgt 2500 Rupien monatlich. Der Grundstock gliedert sich in zwei Teile, einen investitionsorientierten und einen konsumorientierten.

Vom monatlich verfügbaren Gesamtbetrag müssen 1042 Rupien als obligatorische Investitionskomponente angespart werden. Der Sparvorgang dauert bis zum Ende der vierundzwanzigmonatigen Laufzeit. Bis dahin beläuft sich das Guthaben auf eine Summe von 25.000 Rupien. Damit die Familien der Zielgruppe ihre Ersparnisse in lohnenswerte und dauerhafte Einkommensquellen investieren, ist eine Beratung vorgesehen. In diesem Zweijahreszeitraum beziehen die Familien ebenfalls eine Konsumhilfe in Höhe von monatlich 1458 Rupien, was zusammen eine Zahlung von 2500 Rupien im Monat ergibt.

Für die Implementation entwickelte das Programm ein eigenes Konzept. Das Wahlmanifest sprach von einer "Umstrukturierung der Verwaltungsmaschinerie an der Basis" zum Zweck der Durchführung des Programms. Mit der Basis meint das Programm einen Weiler bzw. eine Siedlung (hamlet), d.h. eine Einheit, die kleiner als das traditionelle Dorf ist. Auf dieser Ebene sollen die Empfänger in sogenannten "Primärgruppen für gegenseitige Unterstützung" organisiert werden. Von ihnen erwartet man z.B. die Aufstellung von Empfängerlisten und Mitarbeit in anderen Durchführungsstadien. Dabei werden ihnen Regierungsbeamte auf der Dorfebene behilflich sein, denen man die Bezeichnung "change agents" (Agenten des Wandels) verlieh und denen man vorrangig die Aufgabe zudachte, die Empfängerinitiativen direkt zu unterstützen. Abgesehen von Regierungsstellen vor Ort soll das Programm die Dienste zahlreicher anderer Organisationen in Anspruch nehmen, darunter Banken und verschiedene staatliche Beratungseinrichtungen.

Wie im Wahlmanifest verkündet "wird das Vorhaben inselweit in Phasen gegliedert zur Ausführung kommen, beginnend mit den Bedürftigsten, bis die Auszahlung größerer Beträge organisiert worden ist." Der Wahlaufbruch sah den Beginn der landesweiten Durchführung "in-

nerhalb eines Jahres, nachdem unsere Regierung im Dezember 1988 ins Amt gewählt wird," vor.

Die Vorbereitungen für das JSP begannen bald nach der Wahl Premadasas zum neuen Präsidenten. Das 'Vierte Janasaviya-Gesetz' trat am 4. Mai 1989 in Kraft. Es schuf die gesetzliche Grundlage für die Durchführung des Programms. Am 29. Juni wurden an alle Lebensmittelkartenempfänger, ca. 1,4 Mio. Familien, Janasaviya-Berechtigungsscheine verteilt. Zug um Zug sollen alle von ihnen in den Genuß des Programms kommen.

Die erste Janasaviya-Phase begann am 2. Oktober 1989. Sie erfaßte insgesamt 188.000 Familien in den 28 sogenannten Assistant-Government-Agent(AGA)-Divisionen mit den höchsten Anteilen von Lebensmittelkartenbeziehern in ihrem Distrikt. Die folgende Tabelle zeigt die Verteilung der JSP-Teilnehmer der ersten Phase. Sie machen 14 Prozent aller Lebensmittelkartenempfänger aus; die Regierung hofft, das Programm in elf Phasen auf die restlichen AGA-Divisionen auszudehnen, so daß alle Familien dieser Gruppe vom JSP profitieren können. Die Auswahl der Teilnehmer der ersten Runde bezog alle Landesteile ein. In Distrikten mit multi-ethnischem Charakter wurden AGA-Divisionen ausgewählt, die alle ethnischen Gruppen repräsentieren. Im Januar wurden die ersten 100 Tage des Programms gefeiert.

Obwohl das JSP als ein Wohlfahrtsprogramm wie viele andere im Kapitalismus eingestuft werden kann, weist es gewisse Besonderheiten auf, und die ursprüngliche Idee hat einen Wandel erlebt. Vor einer Diskussion möglicher Ergebnisse ist es notwendig, die Merkmale zu identifizieren, die es augenblicklich charakterisieren.

Merkmale

Erstens ist es ein zielgruppenorientiertes Programm. Im Gegensatz zu allgemeinen Subventionen, die der gesamten Bevölkerung zugute kommen, richtet sich das JSP an eine bedürftige Gruppe. Seine Nutznießer sind Lebensmittelkartenbezieher oder -berechtigte. Das Lebensmittelkartensystem hatte den gleichen Charakter, allerdings einen weitaus kleineren Umfang. Damit hält sich das JSP an Empfehlungen für eine Armutspolitik im Rahmen einer strukturellen Anpassung. Dort sind allgemeine Subventionen, die Marktmechanismen "verzerren" und normalerweise nicht bis zu den ärmsten Klassen durchsickern, unerwünscht. Befürwortet werden Maßnahmen zum Schutz der Bedürftigsten vor den Auswirkungen der Anpassung. An diesem Grundgedanken orientiert sich auch das JSP.

Anfänglich waren viele vom Umfang des JSP überrascht. Hätte es auf einen Schlag alle Lebensmittelkartenbezieher erreichen sollen, wären der Regierung Kosten von 42 Mrd. Rupien (ca. 1,9 Mrd. Mark) entstanden. Nun wird es jedoch stufenweise implementiert, was die Belastung des Haushalts und inflationäre Wirkungen mindert. Die Ausgaben für öffentliche Wohlfahrt sind nichtsdestoweniger gestiegen. Die direkten Transferleistungen inform des Lebensmittel- und Brennstoffbezugsschein-Systems, der Nahrungsmittelvergabe und des

Distrikt -Division	Assistant-Government- Agent	Zahl der Familien
Colombo	Hanwella	9838
Gampaha	Divulapitiya	15241
Kalutara	Agalawatte	10251
Kandy	Akurana	4183
Matale	Galewela	9036
Nuwara Eliya	Walapane	12163
Galle	Niyagama	4182
Matara	Hakmana	4441
Hambantota	Hambantota	8697
Jaffna	Jaffna	6818
Mannar	Mannar West	4266
Vavuniya	Vavuniya Settukulam	4920
	Vavuniya South	2140
Mullativu	Mullativu	5540
Killinochchi	Punakari	3484
Batticaloa	Valachchani	10713
Ampara	Thirukovil	3457
	Padiyathalawa	2067
	Pottuvil	3704
Trincomalee	Town & Bazar	11259
Kurunegala	Kobeyagama	5660
Puttalam	Karuwalagaswewa	4250
Polonna	Elehara	4758
Badulla	Ridimaliyadda	5582
Moneragala	Madulla	4656
Ratnapura	Embilipitiya	14230
Kegalla	Aranayake	9415

JSP beliefen sich 1989 auf 5,5 Mrd. Rupien gegenüber 2,2 Mrd. 1988. Der Anteil am Bruttoinlandsprodukt stieg von 0,9 Prozent auf 1,7 Prozent.

Die Bezugseinheit des Programms ist die Familie. Es besitzt zwei Komponenten: eine zu Konsum- und eine zu Investitionszwecken. Die Empfänger erhalten die Konsumkomponente weitgehend als Naturalien und nicht als Bargeld. Sie beinhaltet einen umfangreicheren Warenkorb als das Lebensmittelkartenprogramm, und einheimische Erzeugnisse werden bevorzugt.

Daneben verlangt das Programm von den Empfängern die Ableistung von mindestens 24 Arbeitstagen je Monat. Dabei steht die Arbeit im öffentlichen Interesse. Es ist mit anderen Worten ein "food-for-work"-Programm. Die Investitionskomponente wird über die 'National Savings Bank' abgewickelt, die allen Beziehern Sparbücher ausstellt. All diese Schritte werden unternommen, um das Programm effizient zu gestalten und die Belastung des Haushalts gering zu halten.

Das JSP ist das Geistesprodukt des gegenwärtigen Staatsoberhauptes. Wegen der enormen Machtfülle des Exekutivpräsidenten in der jetzigen Verfassung kann jedes Programm, das der Präsident befürwortet, mit vollständiger Unterstützung auf allen Regierungsebenen rechnen. Das JSP wird aber nicht einfach vom Präsidenten

SRI Lanka's new president Ranasinghe

Premadasa is another of those politicians who relies on astrologers. He is said to consult one before every important decision.



aus: Gulf News, Dubai

ten befürwortet, es ist sein eigenes Programm. Deshalb versucht jedes Ministerium, sich darin einzupassen, und jeder Regierungsbeamte auf der AGA-Ebene wird mobilisiert. Das Planziel ist die Zuordnung eines verantwortlichen Beamten zu jedem Weiler. Man kann

daher von einer Mobilmachung von der Spitze bis zur Basis für das Programm sprechen.

Die Macht des Präsidenten schlägt immer höhere Wellen, die auch außerhalb der Regierung zu spüren sind. Das JSP wird sowohl von Teilen der Privatwirtschaft als auch von Nicht-Regierungsorganisationen begrüßt. Kaum jemand unterstützt das Programm nicht und von einer Opposition dagegen kann erst recht keine Rede sein. Armut an sich ist bereits ein Thema, das sozialen Konsensus beschwört. Doch ein Armutsbekämpfungsprogramm mit einer derartigen Fürsprache des Präsidenten erfährt vor dem gegenwärtigen Hintergrund sozialer Spannungen unbegrenzte Unterstützung.

Die Koordination der Durchführung des JSP wurde einem der mächtigsten Ministerien übertragen: dem 'Ministry of Policy Planning'. Es gibt auch einen speziellen Janasaviya-Kommissar. Daher arbeitet die Regierungsmaschinerie stets für das Programm. Wäre es in die Zuständigkeit eines anderen Ressorts gekommen, z.B. des Ministeriums für Soziale Dienste, würde ihm niemand besondere Bedeutung zumessen. Ein solches Ministerium müßte einen fortwährenden Kampf mit dem Finanzminister um die notwendigen Ressourcen führen. Doch in diesem Fall ist die Sachlage anders. Das Programm ist strategisch günstig bei demselben Ministerium untergebracht, das für die höchste Ebene der politischen Planung verantwortlich zeichnet. Vielleicht dringt auf diesem Weg einmal die Realität der Armut bis zu den höchsten Planungsstellen vor. Auf ein Planungspapier mit Zielvorgaben zur Armutsbekämpfung hat man in Sri Lanka bisher vergeblich gewartet. Mit dem JSP könnte sich daran etwas ändern.

(Fortsetzung in 'Südasiens', Nr. 8/90)

PEACE BRIGADES INTERNATIONAL



AK Friedensbrigaden
in der AG Frieden e.V.

Palaststraße 3
D-5500 Trier
Telefon (0651) 43571

FREIWILLIGE GESUCHT

Basierend auf den Ideen von Mahatma Gandhi arbeiten die Peace Brigades International (PBI) seit 1983 in Guatemala und El Salvador, sowie seit letztem Jahr auch in Sri Lanka.

PBI versteht sich als dritte Kraft zwischen zwei Konfliktparteien. Die Arbeit der in die drei Länder entsandten Teams gründet sich auf die Prinzipien der Unparteilichkeit und Gewaltfreiheit. Die Aufgaben sind:

- Augenzeugenfunktion und Begleitung bedrohter Personen
- Friedenserziehung
- Informations- und Öffentlichkeitsarbeit
- Vermittlung zwischen Konfliktparteien

Im Sommer '89 kam ein Team der Peace Brigades International auf Anfrage srilankanischer Rechtsanwälte ins Land. Diese Rechtsanwälte setzen sich für die Aufklärung des Schicksals verschwundener Personen ein. Aufgrund dieses Engagements sind sie ständigen Todesdrohungen ausgesetzt, weshalb sie PBI um Begleitung baten. Darüberhinaus kümmert sich das Team auch um gefährdete Menschenrechtler aus kirchlichen Organisationen.

WIR SUCHEN DRINGEND LEUTE, DIE BEREIT SIND, IN DIESEM PROJEKT MITZUARBEITEN!

Voraussetzungen für einen Einsatz in Sri Lanka sind:

- gewaltfreie Grundeinstellung
- physische und psychische Gesundheit
- gute Englischkenntnisse
- Grundkenntnisse über den Konflikt im Land
- Fähigkeit, in einer Gruppe auch unter Stress zu arbeiten
- Mindestalter 21 Jahre
- mindestens ein Monat Zeit

Detaillierte Informationen sind erhältlich bei:
Astrid Albold, Willi-Graf-Str.17/110, 8000 München 40, 089/326051